

**MAstER: Hausnummernvergabe, Flurstücksverwaltung und Straßenbenennung  
(KOM\_ITV\_0031\_GGD\_Neu)**

**Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 12503**

1 Anlage – Stellungnahme SKA

**Beschluss des Kommunalausschusses vom 11.10.2018 (VB)**

Öffentliche Sitzung

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>I. Vortrag der Referentin und des Referenten.....</b>	<b>2</b>
<b>Teil A ( IT-Teil).....</b>	<b>2</b>
Zusammenfassung.....	2
1. IST-Zustand.....	3
2. Analyse des IST-Zustandes.....	4
3. SOLL-Zustand und Entscheidungsvorschlag.....	5
3.1. Lösungsalternativen.....	5
3.1.1. Lösungsalternative mit SAP.....	6
3.1.2. Lösungsalternative mit einer Compose-Lösung.....	6
3.1.3. Zusammenfassung der Lösungsalternativen.....	8
3.2. Entscheidungsvorschlag.....	9
3.3. Zeitplanung.....	9
3.4. Personal.....	9
3.5. Vollkosten (IT-Sicht).....	10
3.6. Nutzen (IT-Sicht).....	11
3.7. Feststellung der Wirtschaftlichkeit.....	11
3.7.1. Ergebnisse der IT-Wirtschaftlichkeitsbetrachtung.....	11
3.7.2. Erläuterung der IT-Wirtschaftlichkeitsbetrachtung.....	12
4. Datenschutz / Datensicherheit / IT-Sicherheit.....	13
5. IT-Strategiekonformität und Beteiligung.....	14
6. Sozialverträglichkeit.....	14
7. Darstellung der Kosten und der Finanzierung.....	14
7.1. Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit.....	14
7.2. Zahlungswirksamer Nutzen im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit.....	14
7.3. Finanzierung.....	15
<b>Teil B ( Fachlicher Teil).....</b>	<b>15</b>
1. Ist-Zustand.....	15
2. Analyse des Ist-Zustandes.....	16
2.1. Geocodierte Adressen.....	16
2.2. Hintergrundinformationen und digitale Qualitätssicherung für städtische Flurstücke.....	17
3. Sollkonzept und Entscheidungsvorschlag.....	17
4. Darstellung der Kosten und der Finanzierung.....	18

4.1. Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit.....	18
4.2. Finanzierung.....	18
<b>Teil C - Beteiligungen/ Stellungnahmen.....</b>	<b>18</b>
<b>II. Antrag der Referentin und des Referenten.....</b>	<b>19</b>
<b>III. Beschluss.....</b>	<b>20</b>

## I. Vortrag der Referentin und des Referenten

### Teil A ( IT-Teil)

#### Zusammenfassung

Das IKT-Vorhaben „GGD\_Neu“ wird im IKT-Vorhabensplan unter der Nummer KOM\_ITV\_0031 geführt. Die neue Anwendung trägt den Titel "MAstER" (**M**ünchner **A**dress - & **s**tädtisches **E**igentums-**R**egister).

Der **GeodatenService München** (GSM) im Kommunalreferat hat unter anderem die Aufgaben, Straßen zu benennen, Hausnummern zu vergeben und die Katasterinformationen aller Flurstücke im Stadtgebiet sowie für die städtischen Flurstücke außerhalb des Stadtgebietes zu verwalten.

Die Fachanwendung GGD (**G**rundstücks- und **G**ebäudedatei) ist seit den frühen 1980er Jahren das führende städtische IT-System für diese Aufgaben, ergänzt um eine gesonderte Anwendung Estrela. In dieser Anwendung werden die Hintergrundinformationen, welche im Rahmen der Straßenbenennung benötigt werden, dokumentiert.

Die GGD ist die stadtweite Quelle für Adressdaten der LHM. Täglich greifen über 100 unterschiedliche Fachanwenderinnen und Fachanwender in den Fachdienststellen vieler Referate mittels Anwendungen direkt über Datenbankschnittstellen oder über Anwendungsfunktionen auf die GGD zu. Die GGD beinhaltet derzeit ca. 6.150 Straßen, 157.000 Hausnummern und 163.500 Flurstücke, die laufenden Änderungen unterliegen.

Das derzeitige IT-System weist folgende Nachteile auf:

- Die Migration der GGD von Großrechner-Technologie auf die standardisierte Serverlandschaft im Jahr 2010 führte zu einem anhaltenden Systemfehler, der die Datenintegrität verletzt und beim GSM zu einem erhöhten manuellen Aufwand führt, der mit dem Personalzuschnitt mittel- bis langfristig nicht aufgefangen werden kann. Dieser Systemfehler kann nicht behoben werden.
- Straßennamen mit Sonderzeichen können systembedingt nicht in der amtlichen Schreibweise erfasst werden.
- Die fehlende und in dem jetzigen System nicht abbildbare grafische Integration führt zu doppelter Datenpflege mit allen damit verbundenen Risiken.

In der SOLL-Lösung "MAstER" werden die beiden Anwendungen Estrela und GGD zu einer Anwendung zusammengeführt. Die Pflege von Straßennamen, Hausnummern und Flurstücken wird verfahrenstechnisch optimiert. Medienbrüche werden soweit als möglich reduziert sowie Verknüpfungen zwischen Daten mit und ohne Raumbezug integriert. Die Anwendung wird um einen grafischen Anteil erweitert.

Die Ergebnisse des Projektes zum Umgang mit historisch belasteten Straßennamen durch das Stadtarchiv (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04354 vom 08.06.2016) werden berücksichtigt.

Die Stadtverwaltung benötigt für verschiedene Anwendungen auch amtliche raumbezogene Adressbestände außerhalb des Stadtgebietes. Der GeodatenService München wird in seiner Funktion als zuständige Stelle für die amtlichen Adressen diese Adressdaten als bundesweiten Datensatz inkl. regelmäßiger Aktualisierungen einkaufen.

Die LHM-eigenen Adressen, ergänzt um die bundesweiten Adressen, werden über einen neuen digitalen „Adress-Service“ im Rahmen der Grundversorgung (Geodateninfrastruktur, GeoInfoWeb, GeoPortal, Geodatenpool) allen Fachverfahren mittels standardisierter Schnittstellen zur Verfügung gestellt. Alle IT-Verfahren sollen wieder auf einen zentral bereitgestellten, einheitlichen Adressdatenbestand (hier: Straßename, Hausnummer, Postleitzahl und Ort sowie bei Bedarf die Koordinaten) zugreifen, um somit einen einheitlichen vernetzten Datenbestand über alle Verfahren hinweg in gleicher Qualität und Aktualität zu gewährleisten.

Nach der Analyse und Bewertung verschiedener Lösungsansätze für die Umsetzungsstrategie geben GSM, it@M und KR-dIKA der Compose-Lösung den Vorzug, das heißt eine Eigenentwicklung auf Basis der Java-Referenzarchitektur, die mit den Elementen der LHM-Standards für Geoinformationssysteme (GIS) kombiniert wird.

Für das gesamte IT-Vorhaben wird mit Vollkosten für Systemerstellung und Betrieb bei einer angenommenen Laufzeit von 10 Jahren mit ca. 8,3 Mio € gerechnet. Für die Realisierung ergeben sich Kosten in Höhe von ca. 4 Mio €. Ergänzend entstehen für die fachliche Arbeit im GSM ab 2020 jährliche Kosten in Höhe von ca. 170 Tsd € für die Bereitstellung bundesweiter Adressen und die Qualitätssicherung der Flurstücksinformationen. Die zahlungswirksamen Mittel für die Umsetzung des Projekts werden mit diesem Beschluss beantragt. Das Projekt hat einen negativen Kapitalwert. In der nicht-monetären Betrachtung ist es hinsichtlich der Dringlichkeits- und Qualitätskriterien wirtschaftlich.

## 1. IST-Zustand

Der GeodatenService München ist gemäß Aufgabengliederungsplan unter anderem zuständig für die:

- Straßenbenennung, Benennung von U-Bahnhöfen, Straßennamenzusatzschilder
- Hausnummernvergabe
- Führung des Bestandsnachweises für die im Eigentum bzw. Besitz der Stadt stehenden Liegenschaften und grundstücksgleichen Rechte (zentrale Fortführung und Pflege fachbezogener Informationen zu Flurstück und Adresse in der Grundstücks- und Gebäudedatei)

Die Fachanwendung GGD (Grundstücks- und Gebäudedatei) ist das führende städtische IT-System für oben genannte Aufgaben, d. h. zur Verwaltung von Straßennamen, Adressen, Flurstücksinformationen im Stadtgebiet sowie Eigentumsarten von sämtlichen städtischen Grundbesitz (auch außerhalb des Stadtgebietes). Daneben werden dort verschiedene Gebietsinformationen gespeichert, wie z. B. Schulbezirke.

Die GGD ist ein seit 1983 existierendes Verfahren, das 2012 von Großrechner-Technologie auf die standardisierte Serverlandschaft migriert wurde. Täglich greifen über 100 unterschiedliche Fachanwenderinnen und Fachanwender in den Fachdienststellen vieler Referate mittels Anwendungen direkt über Datenbankschnittstellen oder über Anwendungs-

funktionen auf die GGD zu. Diese Zugriffswege sind aufgrund der veralteten Technologie schwer zu warten, fehleranfällig und nicht mehr zeitgemäß.

Weitere Informationen, insbesondere Angaben zum Mengengerüst der verwalteten Straßen, Hausnummern und Flurstücke, stehen im fachlichen Teil B dieser Beschlussvorlage unter Kap. 1 Iststand.

Neben der GGD gibt es seit den frühen 2000er Jahren die Fachanwendung Estrela für einen sehr kleinen Nutzerkreis. Diese Anwendung dient zur Straßenbenennung. In dieser Fachanwendung werden neben den amtlichen Straßennamen die Namensherkunft sowie Zeitpunkt und Grund für eine Benennung bzw. Entnennung dokumentiert.

## **2. Analyse des IST-Zustandes**

Die GGD gehört zu den Adabas/Natural-Verfahren, deren Ablösung aufgrund der veralteten Technologie bereits für 2018 geplant war.

Es gibt gravierende Risiken in der Wartung des Systems. Das IT-Know-how ist auf einen Mitarbeiter bei it@M beschränkt. In dessen Abwesenheiten kam das System in der Vergangenheit teilweise zum Erliegen.

Da historisch bedingt die GGD und das frühere Einwohnermeldesystem eng verzahnt waren, müssen heute noch in der GGD Zusatzinformationen hierfür manuell gepflegt und unnötige Datenfreigaben durchgeführt werden.

In der GGD werden die Daten rein alphanumerisch gespeichert. Sogenannte diakritische Zeichen, d. h. Umlaute und Sonderzeichen können nicht eingegeben und dargestellt werden. Das bedeutet, dass Straßennamen mit solchen Zeichen (z. B. Cuvilliesstraße) nicht in der korrekten amtlichen Schreibweise gepflegt, und die Unicode-Vorgaben des IT-Planungsrates 2014/04 damit nicht eingehalten werden.

In der GGD besteht kein Bezug der dort verwalteten Objekte zu ihren tatsächlichen Positionen im Stadtgebiet. Die Straßen und Adressen werden von GSM doppelt gepflegt, rein alphanumerisch in der GGD und mit grafischem Bezug in der Stadtgrundkarte (Fortführungsbereich). Die vorliegenden Informationen zur Zugehörigkeit von Flächen, z. B. räumliche Gliederung, Polizeiinspektion, Schulsprengel, können nicht automatisch grafisch zugeordnet werden.

Kritische (unnötige) Abhängigkeiten zwischen Adressen und Flurstücken können im bestehenden System nicht aufgehoben werden. Diese Abhängigkeit steht im Zusammenhang mit einem Systemfehler in der GGD, der häufig Daten verfälscht und nicht behoben werden kann. Diese Verletzung der Datenintegrität führt, sofern sie nicht in der Sachbearbeitung zufällig entdeckt wird, zu Fehlern in der Folgebearbeitung.

Die aus dem Jahr 1983 stammende Benutzeroberfläche ist nicht mehr zeitgemäß.

Aufgrund des Alters und der eingesetzten Technologie können die bestehenden Schnittstellen nicht mehr an die neuen fachlichen und technischen Anforderungen angepasst werden. So können moderne Verfahren Adressen nur durch aufwändige, zusätzlich programmierte Schnittstellen mittels Textdateien und mit deutlicher zeitlicher Verzögerung erhalten.

Es gibt keine allgemeine Schnittstelle, die eine stadtweite Versorgung und Prüfung von bundesweiten amtlichen Adressen ermöglicht. Insbesondere stehen in der GGD nur der amtliche Adressbestand für das Stadtgebiet München zur Verfügung. Siehe dazu auch die Erläuterungen im fachlichen Teil B.

Straßennamen und Straßenschlüssel werden doppelt, in der GGD und in Estrela, gepflegt. Aufgrund der systemtechnischen Umsetzung sind die Straßenschlüssel nach der Erstbefüllung der Estrela Anfang 2000 in der GGD und in Estrela unterschiedlich.

Estrela bietet keine Möglichkeit, die Ergebnisse des Projektes zum Umgang mit historisch belasteten Straßennamen zu speichern.

### **3. SOLL-Zustand und Entscheidungsvorschlag**

Die beiden Anwendungen Estrela und GGD sollen zu einer Anwendung "MAstER" zusammengeführt werden. Damit wird die zum Teil doppelte Datenhaltung aufgehoben.

Die neue Lösung berücksichtigt dabei die aktuellen fachlichen Anforderungen. Zum Beispiel werden historisch bedingte Eingaben und Freigaben von Daten, die nicht mehr benötigt werden, eliminiert. Die Pflege von Straßennamen, Hausnummern und Flurstücken wird optimiert. Medienbrüche werden soweit wie möglich reduziert sowie Verknüpfungen zwischen Daten mit und ohne Raumbezug integriert. Die Anwendung wird um einen grafischen Anteil erweitert. In diesem können Straßen, Adressen und Flurstücke in ihrer räumlichen Position im Stadtgebiet angezeigt und soweit notwendig auch bearbeitet werden.

Die Ergebnisse des Projektes zum Umgang mit historisch belasteten Straßennamen durch das Stadtarchiv (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04354 vom 08.06.2016) werden in der Anforderungserhebung berücksichtigt. Insbesondere soll die Einschätzung der historischen Belastung zu den einzelnen Straßennamen gespeichert werden.

Es wird eine neue Standardschnittstelle für die stadtweite Lieferung und Prüfung von Adressdaten implementiert ("Adress-Service"), so dass stadtweit einheitliche und aktuelle Adressen zur Verfügung stehen. Die bestehenden Schnittstellen zu weiteren Systemen werden aktualisiert und können sukzessive in den neuen „Adress-Service“ integriert werden. Für nicht ablösbare Altverfahren wird innerhalb des „Adress-Service“ eine Schnittstellenvariante zur Verfügung stehen, die diese Altverfahren weiterhin mit Daten versorgen kann.

Das System soll zudem über folgende Merkmale zeitgemäßer IT-Unterstützung verfügen:

- Webapplikation in modernem Oberflächen-Design, die Daten zeitlich versetzt austauschen und nachladen kann (HTML5 Webtechnologie mit asynchronem Datenaustausch)
- Geodaten-Integration mittels Kartenfenster, das die Grundfunktionalitäten eines modernen Geoinformationssystems im Web-Browser aufweist
- Geodaten-Integration mittels spezieller Funktionen (Geodienste), die automatisiert Daten zu einem Objekt aus Hintergrundkarten zuweisen kann (z. B. automatische Gebietszuweisung)
- Erfüllung der im Fachkonzept formulierten Anforderungen an barrierefreie Gestaltung von Web-Anwendungen
- Vermeidung von Medienbrüchen aufgrund durchgängigem Informationsaustausch zwischen Formularen, Kartenfenster und Schnittstellen

#### **3.1. Lösungsalternativen**

Bei der Analyse und Bewertung möglicher Umsetzungsstrategien, unter Berücksichtigung bestehender Lösungen, einer Marktsichtung und der stadtinternen Vorgaben, verbleiben zwei Lösungsalternativen:

- Verwendung des Produkts SAP RE-FX-LM mit zwei zusätzlichen SAP Modulen und einer bei der LHM eingesetzten Standardkomponente (Kaufsoftware) für Geodaten oder eine
- „Compose“-Lösung als eine Kombination aus der bei der LHM eingesetzten Standardkomponente (Kaufsoftware) für Geodaten und einer selbst entwickelten und an die speziellen Bedürfnissen der LHM angepassten Software.

### 3.1.1. Lösungsalternative mit SAP

Die Aktualisierung von 163.500 Flurstücken und 157.000 Adressen inklusive ihrer geografischen Relationen untereinander und zum Beispiel zu Stadtbezirk / Baublock, Planungsinformationen, Polizeiinspektion, PLZ, Wahleinteilungen etc. können nach den heutigen Abschätzungen nur nach Einführung von SAP HANA<sup>1</sup> ausreichend performant durchgeführt werden. Dies gilt insbesondere für die Lösung, dass zum Beispiel Gebietsinformationen während der Laufzeit performant zugeordnet werden sollen. Dies bedingt eine tiefgreifende Überarbeitung der bisher bei der LHM in SAP etablierten Datenstrukturen.

Bei der Bewertung der heutigen SAP-Systeme für ERP (Enterprise-Resource-Planning) als Lösung für "MAstER" lässt sich Folgendes feststellen:

- Die Endanwender des derzeit eingesetzten Verfahrens nutzen kein SAP. Das heutige SAP GUI (Graphical User Interface = Benutzeroberfläche) bei der LHM mit Fat Clients erfordert damit einen zusätzlichen Installationsaufwand oder eine Remote-Desktop-Service-Lösung. Eine web-basierte Benutzeroberfläche auf Basis von „SAP Fiori“<sup>2</sup> wird voraussichtlich erst in zwei bis drei Jahren bei der LHM eingeführt werden.
- Das Datenmodell in SAP muss strukturell mindestens um die Historie erweitert werden, um Veränderungen an den Daten, zum Beispiel bei Änderungen von Straßennamen sowie bei laufend stattfindenden Adressänderungen wie bei Neubauten, zeitlich verfolgen zu können. Außerdem werden beim bisherigen Datenmodell fest verdrahtete Attribute genutzt, d. h. eine Mehrfachzuordnung (z. B. einem Straßenflurstück können ein bis vier Stadtbezirke zugeordnet sein) ist nicht möglich. Außerdem wäre eine Zuordnung von Zusatzinformationen während der Laufzeit der modernere Ansatz.
- Über die SAP-Standardmodule können die fachlich benötigten Workflows nicht abgebildet werden. Es sind hierfür umfangreiche Customizing-Arbeiten und zusätzliche Eigenprogrammierungen notwendig. Diese Erweiterungen sind, ebenso wie die oben erwähnten Datenmodell Anpassungen, auch bei allen Folgereleases von SAP zu beachten, zu pflegen und zu testen.
- Die Funktion eines zentralen "Adress-Service" (inkl. Koordinaten) für andere Fachverfahren bedingt verschiedene Standards, die SAP nach heutigem Kenntnisstand nicht erfüllt. Ein zentraler von SAP bereitgestellter „Adress-Service“ müsste in aufwändiger Weise um selbstprogrammierte Systemteile ergänzt werden, um auch die Altverfahren sowie Karten basierende Verfahren anzubinden. Das birgt technische Risiken.

### 3.1.2. Lösungsalternative mit einer Compose-Lösung

Bei dieser Lösungsalternative wird eine Eigenentwicklung auf Basis der Java-Referenzarchitektur mit den bestehenden Elementen der LHM-Standards für Geoinformationssysteme (GIS) kombiniert.

Abbildung 1 zeigt die dafür gewählte technische Architektur.

<sup>1</sup> SAP Hana: Datenbanktechnologie von/für SAP zur Performanceverbesserung bei Abfragen

<sup>2</sup> SAP Fiori: Technologie um die Benutzerschnittstelle von SAP-Anwendungen dem eigenen Bedarf geräteunabhängig anzupassen

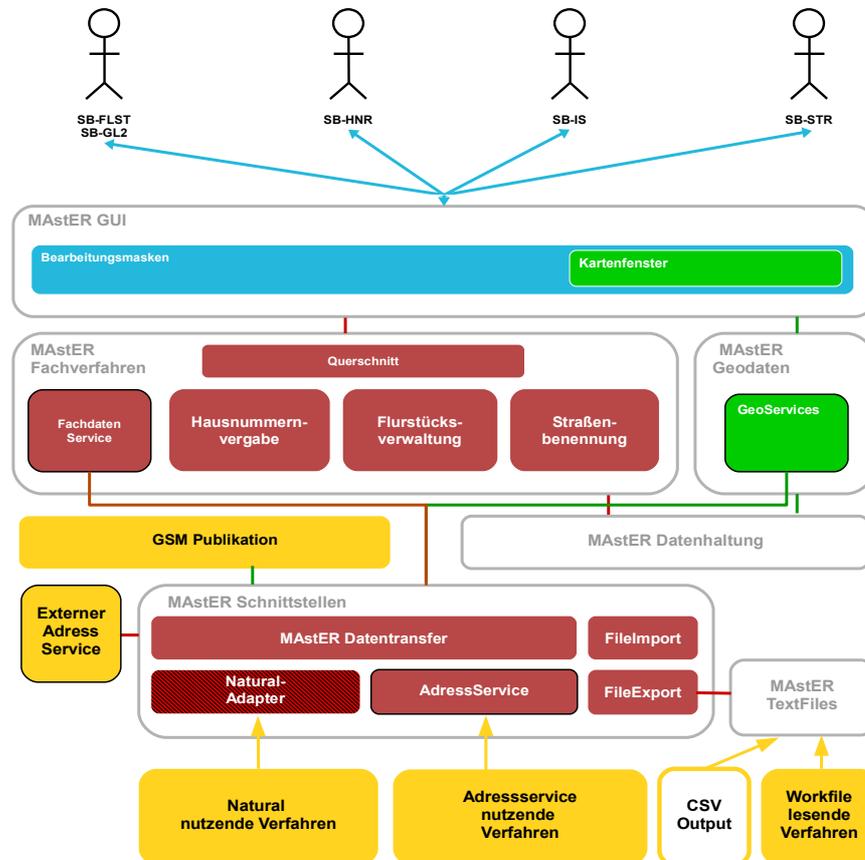


Abbildung 1: "MAstER" Zielarchitektur mit den wesentlichen Komponenten

- "MAstER" Fachverfahren:  
Diese Komponente bildet mit ihren Sub-Komponenten die im Fachkonzept beschriebenen Anwendungsfälle ab. Da die Sub-Komponenten selbst entwickelt werden, können Abläufe und Benennungen exakt nach den Anforderungen der Fachanwender optimiert für die alltäglichen Arbeitsschritte gestaltet werden. Die Nutzung der Java-Referenzarchitektur hilft durch Bereitstellung von bewährten Bibliotheken für Querschnittsaufgaben Aufwände zu sparen.
- "MAstER" Geodaten  
Um Geodaten für "MAstER" verfügbar zu machen, kommt ein ArcGIS Produkt der Firma Esri zum Einsatz. Dieses ist im Rahmenvertrag mit der Firma Esri (Enterprise Agreement) enthalten. Die Geodaten-Komponenten sind als autarkes Subsystem zu verstehen, das eine eigene Datenhaltung besitzt, die für Geodaten und deren Abhängigkeiten zueinander optimiert ist. Ein Beispiel hierfür ist die Zuordnung von Hausnummern zu Flurstücken.
- "MAstER" Schnittstellen  
Die externen Schnittstellen-Komponenten versorgen die Nachbarsysteme, die Informationen aus "MAstER" benötigen. "MAstER" seinerseits benötigt von Nachbarsystemen Informationen, um sie im eigenen Verfahren zu verarbeiten oder einfach an weitere Schnittstellenpartner weiterzureichen.

- "MAstER" GUI (Graphical User Interface = Benutzeroberfläche)  
 Die Java-Referenzarchitektur stellt hier ein modernes Web-basiertes User Interface bereit, das unabhängig vom Betriebssystem des Clients ist. Die Anwendung präsentiert sich der Anwenderin oder dem Anwender in zwei getrennten Bearbeitungsfenstern: dem Fachverfahren-Fenster und dem Kartenfenster (siehe Abbildung 2). Die Arbeit im Kartenfenster ermöglicht die Herstellung eines Raumbezugs mit Hintergrundinformationen. Dadurch sollen weitergehende Informationen wie Wahlkreise oder Schulsprengel automatisch zugewiesen und so künftig Bearbeitungsfehler vermieden werden. Auch werden unnötige Nachbearbeitungsaufwände erheblich reduziert, da z. B. eine Zuordnung neuer Wahlkreise zu Adressen vom neuen System in Zukunft automatisch erledigt wird. Durch diese simultane Verarbeitung von text- und raumbezogenen Daten werden bisher getrennt durchgeführte Arbeitsschritte zusammengefasst. Damit werden Fehler, die in der derzeitigen manuellen Zuordnung entstehen können, zukünftig vermieden.



Abbildung 2: Bearbeitungsmaske und Kartenfenster (beispielhafte Darstellung)

- "MAstER" Datenhaltung  
 Als Datenbank wird das Produkt Oracle 12.2 gemäß der Richtlinie für IT-Architekturvorgaben empfohlen, das hinsichtlich der Fachdaten und insbesondere der Geodaten (mit Oracle Locator) seine Stabilität und Performance bereits mehrfach unter Beweis gestellt hat.

### 3.1.3. Zusammenfassung der Lösungsalternativen

Beide Lösungsalternativen können alle funktionalen Anforderungen erfüllen, wobei die Eigenentwicklung deutliche Vorteile hinsichtlich der Usability und des Web-basierten Clients hat.

Bei einer Entscheidung für SAP wäre zu beachten, dass neben erheblichen zusätzlichen Lizenzkosten für SAP die SAP Personalressourcen in den nächsten Jahren bereits durch die SAP4HANA-Umstellung und weitere Projekte, wie zum Beispiel CAFM, verplant sind.

Mit der Eigenentwicklung nach der Java-Referenzarchitektur kann bereits Anfang 2019 mit der Implementierung begonnen werden, ohne SAP-Projekte zu verzögern.

Aufgrund der in Kapitel 2. „Analyse des IST-Zustandes“ dargestellten Dringlichkeit zur Ablösung des Altverfahrens wird der „Compose“-Lösung bestehend aus einer Eigenentwicklungs-Lösung mit ArcGIS-Geokomponenten der Vorzug gegeben.

### 3.2. Entscheidungsvorschlag

Das Kommunalreferat wird beauftragt, das Fachverfahren "MAstER" als „Compose“-Lösung umzusetzen.

### 3.3. Zeitplanung

Das IT-Vorhaben läuft gemäß den Prozessen des IT-Prozessmodells IT-Service ab.

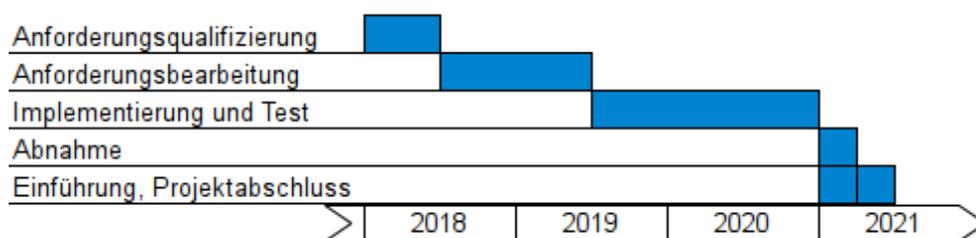
Mit der Vorbereitung dieser Beschlussvorlage ist die Phase Anforderungsqualifizierung abgeschlossen. Das bedeutet, dass aufgrund eines ersten Fachkonzepts ein Vorschlag zur Umsetzungsstrategie erarbeitet wurde (siehe voriges Kapitel Entscheidungsvorschlag).

Die Detaillierung der fachlichen Anforderungen und die Systemspezifikation wird in 2019 abgeschlossen. Danach erfolgt die Feinplanung für die Umsetzung, Test und Produktivnahme.

Dabei sind zunächst folgende Meilensteine vorgesehen:

- Die Umsetzung und der Test der neuen Anwendung "MAstER" erfolgt 2019/2020.
- Der Abnahmetest ist Anfang 2021 geplant.
- Die Vorbereitung des Betriebs erfolgt 2020/2021, so dass die Produktivnahme Q1 2021 und der Abschluss des Early Life Supports und Ende des Projekts Q2 2021 stattfindet.

Nach Abschluss der Feinplanung werden diese Meilensteine überplant, als spätestes Ende für das Projekt ist Q1 2022 gesetzt.



### 3.4. Personal

Es ist kein zusätzliches Personal geplant.

### 3.5. Vollkosten (IT-Sicht)

	dauerhaft	einmalig	befristet	Kapitel
<b>Vollkosten Planung und Erstellung</b>		685.462 € 243.664 € in 2019 331.047 € in 2020 110.752 € in 2021		
Davon Personalvollkosten				
im dIKA Kommunalreferat		247.289 € 110.198 € in 2019 90.002 € in 2020 47.090 € in 2021		
im Fachbereich Kommunalreferat GeodatenService München		206.999 € 64.970 € in 2019 114.328 € in 2020 27.701 € in 2021		
Verteilt auf weitere Referate		231.174 € 68.496 € in 2019 126.717 € in 2020 35.961 € in 2021		

#### Personalvollkosten Planung und Erstellung:

Die Kosten im dIKA Kommunalreferat umfassen die Kosten für bestehendes Personal, für Aufgaben im Rahmen der Anforderungsbearbeitung, Beschaffung, Realisierung und Test, Abnahme und Einführung sowie der Projektleitung und der Teilnahme im Lenkungskreis. Sie sind mit einer durchschnittlichen Wertigkeit von E13 berechnet. Die Kosten umfassen ca. 663 Personentage zu einem Tagessatz von 373 €, das entspricht 247.289 €. Die Aufwände verteilen sich auf die Jahre 2019 bis 2021. Sie sind nicht zahlungswirksam.

Die Kosten im Fachbereich Kommunalreferat-GeodatenService München beziehen sich auf die fachliche Unterstützung und Beratung durch den GeodatenService München für das gesamte Projekt, insbesondere bei der Erstellung des Fachkonzepts und der Analyse der Datenmigration. Außerdem enthalten sie die Durchführung der fachlichen Tests sowie die Teilnahme am Lenkungskreis. Die Kosten umfassen ca. 555 Personentage zu einem Tagessatz von 373 €, basierend auf einer Wertigkeit von E13, das entspricht 206.999 €. Die Aufwände verteilen sich auf die Jahre 2019 bis 2021 und werden durch vorhandenes Personal erbracht. Sie sind nicht zahlungswirksam.

Die Personalkosten, verteilt auf andere Referate, ergeben sich vor allem aus den Abstimmungen und Tests der Schnittstellen zu „MAstER“. Hier wurde mit der Abstimmung von insgesamt 17 Schnittstellenpartnern kalkuliert, da einige Partner für mehrere Schnittstellen zuständig sind. Beteiligt sind hier das Kreisverwaltungsreferat, das Baureferat, das Referat für Bildung und Sport und das Sozialreferat. Welche Referate und IT-Verfahren für die Tests des „Adress-Service“ einbezogen werden, ergibt sich 2019. Insgesamt wird hierfür ein Aufwand von ca. 620 Personentagen geschätzt. Basierend auf einer Einwertung von E13 mit einem Tagessatz von 373 € ergibt das 231.174 €. Die Aufwände verteilen sich auf die Jahre 2019 bis 2021. Sie sind nicht zahlungswirksam.

	dauerhaft	einmalig	befristet	Kapitel
<b>Summe Vollkosten Betrieb</b>	528.489 €			
	ab 2021			
Davon Sachvollkosten				
Von IT-Referat an it@M gem. Preisliste Jährliche Servicekosten für den Betrieb nach Kategorie C	528.489 €			
	ab 2021			

### Sachvollkosten Betrieb – IT-Referat an it@M<sup>3</sup>

Die Sachvollkosten it@M umfassen die jährlichen Servicekosten für den neuen IT-Service "MAstER" inkl. der stadtweit zentralen Komponente des "Adress-Service" als Kategorie C gemäß dem aktuell gültigen Preismodell von it@M, das heißt jährlich 528.489 € ab 2021.

### 3.6. Nutzen (IT-Sicht)

	dauerhaft	einmalig	befristet	Kapitel
<b>Erlöse und Einsparungen</b>				
Einsparung durch Ablöse des Alt-systems (zw.)	158.504 €			
	ab 2021			

### Einsparung durch Ablöse des Altsystems

Ab 2021 soll die GGD durch "MAstER" abgelöst werden. Damit spart das Referat für Informations- und Telekommunikationstechnik ab 2021 jährliche Kosten für den Betrieb dieses Services durch it@M in Höhe von 158.504 €.

### 3.7. Feststellung der Wirtschaftlichkeit

#### 3.7.1. Ergebnisse der IT-Wirtschaftlichkeitsbetrachtung

Die Erstellung der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung erfolgt mit dem WiBe Tool.

Kapitalwert: -6.534.364 €

<sup>3</sup> Die durch den Stadtrat in der Vollversammlung am 27.06.2018 beschlossene Fortführung des Preismodells 1.0 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 11572 „Preismodell it@M“) kann in Zukunft zu allgemeinen Preisanpassungen für ITK-Leistungen von it@M und damit zu Änderungen – auch für diese Sitzungsvorlage – für die Jahre 2019 ff. führen.

Kapitalwert haushaltswirksam	-5.863.610 €
Kapitalwert nicht haushaltswirksam	-670.754 €
Dringlichkeitskriterien	63
Qualitativ-Strategische Kriterien (Externe Effekte 0 , siehe Kap. 3.7.2.2)	50
Gesamtscore	5,13
Muss-Kriterium erfüllt:	<input type="checkbox"/> ja      nein <input type="checkbox"/>

### 3.7.2. Erläuterung der IT-Wirtschaftlichkeitsbetrachtung

Die Erläuterung der monetären Wirtschaftlichkeit erfolgt im nicht-öffentlichen Teil der Beschlussvorlage, der im IT-Ausschuss am 17.10.2018 eingebracht wird.

Der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ist ein Zeitraum von 10 Jahren zugrunde gelegt und basiert auf einem Zinssatz von 2,750 %.

#### 3.7.2.1. Monetäre Wirtschaftlichkeit

Der Kapitalwert ist negativ, das heißt eine monetäre Wirtschaftlichkeit ist nicht gegeben.

Die hoheitliche Vergabe und Verwaltung amtlicher Adressen und Straßennamen und die Verwaltung von Flurstücken im städtischen Eigentum bzw. innerhalb der Stadtgrenzen erzeugen keinen unmittelbaren monetären Nutzen, ist jedoch eine zwingend notwendige Datengrundlage für viele Anwendungsbereiche der Stadtverwaltung (z. B. Einwohnermeldewesen, Rechnungswesen etc.).

Der amtliche Adressdatenbestand, die Flurstücksinformationen und der Straßenkatalog werden in zahlreichen Anwendungen der Stadtverwaltung benötigt, die ohne diese Daten ihren Verpflichtungen nicht oder nur unzureichend nachkommen kann. Eine hohe Qualität und Aktualität der Daten muss sichergestellt sein.

#### 3.7.2.2. Nicht-monetäre Wirtschaftlichkeit

Die nicht-monetäre Wirtschaftlichkeit ergibt sich vor allem aus der Ablösedringlichkeit des Altsystems und der Qualitätsverbesserung bei der Aufgabenabwicklung.

Aufgrund fehlender direkter externer Kunden sind die externen Effekte nicht bewertet. Würde man die indirekten Kunden betrachten, zum Beispiel die Kunden des Einwohnermeldewesens, der KFZ-Zulassung oder der Wahlsysteme, die auf korrekte und aktuelle Adressdaten angewiesen sind, wären die externen Effekte sehr hoch einzuwerten.

Die Einhaltung von Verwaltungsvorschriften und Gesetzen ist teilweise nicht gewährleistet.

- **Einhaltung gesetzlicher Vorgaben:**  
Die Nicht-Einhaltung gesetzlicher Vorschriften, das MUSS-Kriterium, wurde mit 10 bewertet. Fachlich sind alle gesetzlichen Vorgaben eingehalten. Jedoch ist die Unicode-Fähigkeit nicht gegeben, d. h. die Straßennamen können, sofern sie betroffene diakritische Zeichen enthalten, nicht ordnungsgemäß erfasst werden (Unicode: Vorgabe gemäß Beschluss IT-Planungsrat 2014/04). Betroffen davon sind z. B. Straßen wie die Andréstraße oder die Cuvilliesstraße.
- **Erfüllung Datenschutz- / -Sicherheit:**  
Auch dieser Punkt wurde mit 10 bewertet, da die Datenintegrität aufgrund des IT-Systemfehlers nicht gewährleistet werden kann.

Für die Bewertung der nicht-monetären Wirtschaftlichkeit von "MAstER" stehen weiter folgende Dringlichkeitskriterien im Vordergrund:

- **Belastende Beeinträchtigung durch Fehler:**  
Aufgrund von IT-Systemfehlern, die bisher weder lokalisiert noch behoben werden konnten, werden häufig Daten verfälscht und somit die Datenintegrität verletzt. Diese inhaltlichen Fehler können weder analysiert noch systematisch angezeigt und behoben werden, sondern werden nur durch Zufall bei der Sachbearbeitung entdeckt. Dies führt unweigerlich zu Fehlern in der Folgebearbeitung.
- **Wartungsprobleme, Personalengpässe:**  
Das IT-Know-how ist auf einen Mitarbeiter von it@M beschränkt. In dessen Abwesenheiten kam das System in der Vergangenheit teilweise zum Erliegen.
- **Erweiterbarkeit / Änderbarkeit:**  
Ein Ausbau bzw. eine Erweiterung des derzeitigen Verfahrens ist aus technischen und aus personellen Gründen nicht möglich, aber fachlich erforderlich.
- **Schnittstellenprobleme:**  
Die bestehenden Schnittstellen können nicht an die neuen fachlichen und technischen Anforderungen angepasst werden.
- **Ergonomie:**  
Die Ergonomie ist aus den 1980er Jahren und nicht mehr zeitgemäß.

Bezüglich der Priorität des IT-Vorhabens werden folgende Aspekte hervorgehoben:

- **Plattform- / Herstellerunabhängigkeit**  
Bis auf die Teilkomponente ArcGIS als Geoinformationssystem ist weitgehende Gestaltungsautonomie gegeben. ArcGIS ist über einen stadtweiten Rahmenvertrag der gesetzte GIS-Standard.
- **Qualitätsverbesserung bei der Aufgabenabwicklung:**  
Die Aufgabenabwicklung vereinfacht sich (Wegfall unnötiger Eingaben und Freigaben sowie Doppeleingaben) und das Arbeitsergebnis weist eine deutlich höhere und stabilere Qualität auf (Wegfall der ungewollten systembedingten Datenänderungen, direkter Abgleich mit weiteren grafischen Daten, korrekte Schreibweise der Straßennamen). Die Eingaben erfolgen dort, wo sie anfallen, und damit entfällt der bisherige risikobehaftete Papierumlauf. Bestimmte Informationen können durch die grafischen Verschneidungen automatisiert dazu gespielt werden.
- **Optimierung von Arbeitsabläufen:**  
Durch den Abbau von Medienbrüchen, den Wegfall von Fehlersuche und den direkten Abgleich der grafischen Daten verbessert sich der Arbeitsprozess deutlich.

#### **4. Datenschutz / Datensicherheit / IT-Sicherheit**

Im Rahmen des IT-Vorhabens ist die Konformität zur Designvorgabe IT-Sicherheit sichergestellt. Das Risikomanagement wird im Rahmen des Prozessmodells IT-Service durchgeführt.

Im Rahmen des IT-Vorhabens ist die Konformität zur Designvorgabe Datenschutz sichergestellt. Der örtliche Datenschutzbeauftragte ist in das Vorhaben eingebunden und wird weiterhin, insbesondere für das Speichern von personenbezogenen Daten gemäß DSGVO, beteiligt.

## 5. IT-Strategiekonformität und Beteiligung

Dieser Beschluss ist konform zu der stadtweiten IT-Strategie verfasst. Das IT-Vorhaben wird gemäß der im Prozessmodell „IT-Service für die Landeshauptstadt München“ dokumentierten Vorgaben durchgeführt. Die Abstimmung mit it@M, entsprechend dem Prozessmodell IT-Service und dem Zusammenspiel Facharchitekt und IT-Architekt, erfolgt ständig.

Im Rahmen der Umsetzung der Digitalisierungsstrategie wird dafür Sorge getragen, dass die neue IT-Lösung sich in die Plattformlandschaft integrieren lässt.

Die Zustimmung von it@M zum Vorhaben wurde eingeholt.

## 6. Sozialverträglichkeit

In Rücksprache mit dem Gesamtpersonalrat ist der Referatspersonalrat für das Vorhaben zuständig. Dieser ist in das Vorhaben eingebunden und hat auf Basis des bisherigen Fachkonzepts zugestimmt.

Zustimmung RPR liegt vor : ja  nein

## 7. Darstellung der Kosten und der Finanzierung

### 7.1. Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit

	dauerhaft	einmalig	befristet
<b>Summe zahlungswirksame Kosten</b>	528.489 € ab 2021		
davon:			
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 11)**	528.489 € ab 2021		

Die Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen betreffen:

- Jährliche Servicekosten für den neuen Service "MAstER" inkl. der stadtweit zentralen Komponente des "Adress-Service" als Kategorie C gemäß dem aktuell gültigen Preismodell von it@M. Diese Kosten belaufen sich ab 2021 jährlich auf 528.489 €.

### 7.2. Zahlungswirksamer Nutzen im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit

	dauerhaft	einmalig	befristet
<b>Einsparungen</b>			
<b>Summe Einsparungen von zahlungswirksamen Kosten</b>	158.504 € ab 2021		
davon:			
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 11)	158.504 € ab 2021		

Ab 2021 werden die jährlichen Servicekosten für den alten Service GGD eingespart. Gemäß dem aktuellen Preismodell sind dies jährlich 158.504 € (Kategorie D).

### **7.3. Finanzierung**

Die Finanzierung kann weder durch Einsparungen noch aus dem eigenen Referatsbudget erfolgen.

Die Kosten weichen von den Festlegungen für das Referat für Informations- und Telekommunikationstechnik im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019 ab, da sie gekürzt wurden. Die Kürzung repräsentiert in Verbindung mit den Kürzungen der weiteren eingebrachten Beschlussvorlagen die beschlossene Obergrenze von 18 Mio. € (Details siehe nichtöffentliche Beschlussvorlage und Nr. 10 der Liste der geplanten Beschlüsse des Referat für Informations- und Telekommunikationstechnik).

Die zusätzlich benötigten Auszahlungsmittel sollen nach positiver Beschlussfassung in den Haushaltsplan 2019 aufgenommen werden.

## **Teil B ( Fachlicher Teil)**

### **1. Ist-Zustand**

Seit 1980 werden die Informationen zu den benannten Straßen, der Hausnummernvergabe und den Flurstücken im städtischen Eigentum bzw. in städtischer Verwaltung in der ADABAS-Datenbank „Grundstücks- und Gebäudedatei“ (GGD) gespeichert. Dieser Datenbestand ist Grundlage für andere Fachverfahren innerhalb der Stadtverwaltung. Insbesondere ist die Teilmenge „Amtlicher Adressdatenbestand für das Stadtgebiet München“ nicht nur ein integraler Bestandteil beim Einwohner- und KFZ-Meldewesen sowie im Kassen- und Steueramt, sondern auch bei externen Institutionen, wie dem Amtlichen Liegenschaftskataster des Freistaates Bayern, der Einsatzleitzentralen der Rettungsdienste und Polizei, der Post, den Stadtwerken.

Die Hausnummernvergabe und die damit verbundene Erzeugung geografisch verorteter Adressen (geocodierte Adressen) ist eine hoheitliche Aufgabe, die bei der Gemeinde liegt, und ist Kernkompetenz des GeodatenService München, als die dafür zuständige Fachdienststelle.

Das Kommunalreferat ist u. a. zuständig für die Vertretung der Stadt im Bau- und Grundstückswesen, den Grundstücksverkehr, die städt. Liegenschaften und das Büroräummanagement. Der GeodatenService als Fachdienststelle des Kommunalreferates übernimmt dabei die Speicherung der Geobasis- und Geofachdaten in GeoDatenbanken, damit die notwendigen Informationen über den Geodatenpool und GeoInfoWeb beauskunftet und mittels Schnittstellen auch mit CAFM ausgetauscht werden können.

Für die Flurstücke im städtischen Eigentum außerhalb des Münchner Stadtgebietes stehen derzeit keine begleitenden Hintergrundinformationen zur Verfügung, die sie im räumlichen Kontext (z. B. Lagekarte, Luftbild etc.) zeigen oder übergeordnete Informationen (z. B. Natur- und Landschaftsschutz etc.) liefern.

## Übersicht des Mengengerüsts von folgenden Geobasisdaten – Stand Juni 2018

### Straßen & Straßennamen

Straßen und Wege innerhalb des Stadtgebietes	ca. 3.000 km
davon benannt	6.134 / 2.877 km
jährliche Änderungen bei den Straßennamen	ca. 20

### amtliche Adressen mit geografischer Verortung

#### innerhalb des Stadtgebietes

Hausnummern	ca. 157.000
jährliche Änderungen bei den Hausnummern	ca. 1.600

### Flurstücke

#### innerhalb des Stadtgebietes

alle Flurstücke	ca. 161.700 /	310,7 km <sup>2</sup>
jährliche Änderungen bei allen Flurstücken	ca. 1.200	
Flurstücke im Eigentum / in Verwaltung der LHM	18.641 /	98,3 km <sup>2</sup>
davon		
Normaleigentum	6.484 /	56,9 km <sup>2</sup>
Straßen / Wege	11.555 /	37,8 km <sup>2</sup>
Erbbaurecht vergeben	427 /	3,1 km <sup>2</sup>
Teileigentum (nicht WEG)	90 /	0,3 km <sup>2</sup>
Stiftungen	58 /	0,2 km <sup>2</sup>
jährliche Änderungen bei LHM Flurstücken	ca. 130	

#### außerhalb des Stadtgebietes

Flurstücke im Eigentum / in Verwaltung der LHM	1.868 /	43,0 km <sup>2</sup>
davon		
Normaleigentum	1.813 /	36,0 km <sup>2</sup>
Stiftungen	55 /	7,0 km <sup>2</sup>

## 2. Analyse des Ist-Zustandes

### 2.1. Geocodierte Adressen

Die Stadtverwaltung benötigt für diverse Anwendungen auch amtliche Adressbestände außerhalb des Stadtgebietes. Dabei genügt es nicht, nur reine Sachinformationen (Straßenname, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) vorzuhalten, sondern für diverse Fachverfahren werden die räumlichen Beziehungen (geografische Verortung) benötigt.

Von verschiedenen Dienststellen der Stadtverwaltung wird derzeit bei privaten Dienstleistern ein gesamtdeutscher Adressdatenbestand ohne geographische Verortung eingekauft und einzelnen Systemen zur Verfügung gestellt.

Dies ist für den Aufbau einer vernetzten Infrastruktur und für diverse Anwendungsfälle (Digitalisierung der Verwaltung) nicht mehr ausreichend.

## **2.2. Hintergrundinformationen und digitale Qualitätssicherung für städtische Flurstücke**

Für die Flurstücke im städtischen Eigentum innerhalb und außerhalb des Stadtgebietes gibt es derzeit keine Möglichkeiten der digitalen Qualitätssicherung, d. h. die zu erhebenden Daten werden mittels analogem Papier-Umlauf aktualisiert. Dabei kann es zu diversen Informationsverlusten kommen, die eine solche analoge Datenübermittlung in sich birgt (Verlust der Papierunterlagen, Tipp-Fehler, Laufzeiten etc.). Dies hat einen negativen Einfluss auf die Datenqualität zur Folge.

Im Rahmen der Digitalisierung der Verwaltung ist es wichtig, die Qualität der Daten dauerhaft zu sichern und zu bewerten. Dieses Ziel wird zukünftig nur erreicht, wenn Abgleiche mit dem amtlichen Liegenschaftskataster und dem Grundbuch erfolgen.

Für die Verwaltung, Analyse und Darstellung von städtischen Flurstücken außerhalb des Stadtgebietes mit gleicher Qualität und Aktualität, wie sie im Stadtgebiet gewährleistet ist, ist der Zukauf von Kartendaten (z. B. Luftbilder u. a. Daten) von der Bayerischen Vermessungsverwaltung, anderen Landesämtern, Gemeinden etc. notwendig.

## **3. Sollkonzept und Entscheidungsvorschlag**

Der GeodatenService München wird in seiner Funktion als zuständige Stelle für die amtlichen Adressen befähigt, raumbezogene amtliche Adressen als bundesweiter Datensatz von anderen Bundes-, Landes- oder Kommunalbehörden inkl. regelmäßiger Aktualisierungen einzukaufen und als digitalen „Adress-Service“ im Rahmen der Grundversorgung (Geodateninfrastruktur, GeoInfoWeb, GeoPortal, Geodatenpool) allen Fachverfahren mittels standardisierter Schnittstellen anzubieten.

Dieser „Adress-Service“ wird als der führende amtliche Adressdatenbestand definiert und steht jedem Fachverfahren zur Verfügung. Alle IT-Verfahren sollen diesen Bestand nutzen, um somit einen einheitlichen vernetzten Datenbestand über alle Verfahren hinweg in gleicher Qualität und Aktualität zu erhalten. "Anschriften" als Kombination aus natürlicher bzw. juristischer Person und einer Adresse (Straßenname + Hausnummer), wie sie über andere Quellen außerhalb der Stadtverwaltung erworben werden, sind mit den aktuellen Adressen der Stadt München auf Schreibweise und Aktualität abzugleichen. Der vom GeodatenService München bereitgestellte Adressdatensatz wird um die bundesweiten kommunalen Adressen (Straßennamen, Hausnummern und Verortung) ergänzt, um auch für diese eine Nutzung und einen Abgleich technisch und einheitlich zu ermöglichen.

Für die städtischen Flurstücke soll im Rahmen der Digitalisierung der Verwaltung eine digitale Qualitätssicherung durch einen Abgleich mit dem Amtlichen Liegenschaftskataster und dem elektronischen Grundbuch eingeführt werden. Außerdem sollen außerhalb des Burgfriedens, soweit verfügbar, Hintergrunddaten in ähnlicher Qualität wie im Stadtgebiet zur Verfügung stehen, damit in der Sachbearbeitung genauso effizient wie innerhalb des Burgfriedens gearbeitet werden kann.

## 4. Darstellung der Kosten und der Finanzierung

### 4.1. Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit

	dauerhaft	einmalig	befristet
<b>Summe zahlungswirksame Kosten</b>	170.000,-- ab 2020		
davon:			
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 11)**	170.000,--		

Zahlungswirksame Sach- und Dienstleistungen:

Für die Bereitstellung bundesweiter geografisch verorteter amtlicher Adressen, für die Qualitätssicherung der Flurstückinformationen mittels Abgleich zu anderen amtlichen Datenbanken und die Verbesserung der Rahmendaten außerhalb des Stadtgebietes auf das Niveau der im Stadtgebiet verfügbaren Rahmendaten sollen ab 2020 dauerhaft die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 170.000 € in der Haushaltsaufstellung angemeldet werden.

### 4.2. Finanzierung

Die Finanzierung kann weder durch Einsparungen noch aus dem eigenen Referatsbudget erfolgen.

#### Finanzierungsbeschluss

Bereitstellung der erforderlichen Mittel im Haushaltsplan 2020 ff.

Aufnahme in den Haushaltsplan 2020 ff.

Die zusätzlich benötigten Auszahlungsmittel werden genehmigt und in den Haushaltsplan 2020 ff. aufgenommen.

## Teil C - Beteiligungen/ Stellungnahmen

### 1. Andere Referate

Die Stadtkämmerei, das Kommunalreferat, das Referat für Bildung und Sport und der Gesamtpersonalrat haben der Beschlussvorlage (Fachteil und IT-Teil) zugestimmt. Anmerkungen der Stadtkämmerei wurden in die Beschlussvorlage eingearbeitet. Die Beschlussvorlage wurde mit it@M abgestimmt.

### 2. Bezirksausschuss

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

### **3. Korreferenten und Verwaltungsbeiräte**

Der Korreferent des Referates für Informations- und Telekommunikationstechnik, Herr Stadtrat Progl, und die zuständige Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Hübner, haben einen Abdruck der Sitzungsvorlage erhalten.

Die Korreferentin des Kommunalreferates, Frau Stadträtin Ulrike Boesser, und der Verwaltungsbeirat, Herr Dr. Joseph Assal, haben einen Abdruck der Sitzungsvorlage erhalten.

## **II. Antrag der Referentin und des Referenten**

### **Durch den Kommunalausschuss zu beschließen**

1. Vom Vortrag der Referentin wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat stimmt der Umsetzung des IKT-Vorhabens KOM\_ITV\_0031\_GGD\_Neu („MAstER“) zu.
3. Das Kommunalreferat wird beauftragt, das 35 Jahre alte Fachverfahren (alt: GGD → neu: „MAstER“) zu erneuern, in die Geodateninfrastruktur (GDI-München) einzubinden und für alle Fachverfahren einen stadtweiten, standardisierten „Adress-Service“ für bundesweite Adressdaten (inkl. Koordinaten) anzubieten. Durch diesen „Adress-Service“ soll eine einheitliche, standardisierte Schnittstelle für alle anderen Fachverfahren generiert und bereitgestellt werden, um eine einheitliche und aktuelle Versorgung mit amtlichen Adressdaten sowohl der Landeshauptstadt München, als auch bundesweit zu gewährleisten.
4. Die hoheitliche Aufgabe der Stadtverwaltung ist die Vergabe von Straßennamen und Hausnummern nebst räumlicher Verortung im Stadtgebiet München. Diese amtlichen "Adressen" sind verpflichtend für alle Fachverfahren der Stadtverwaltung, um die einheitliche Aktualität und Schreibweise sicherzustellen. "Anschriften" als Kombination aus natürlicher bzw. juristischer Person und einer Adresse (Straßenname + Hausnummer), wie sie über andere Quellen außerhalb der Stadtverwaltung erworben werden, sind mit den aktuellen Adressen der Stadt München auf Schreibweise und Aktualität abzugleichen. Zukünftig wird der vom GeodatenService München bereitgestellte verpflichtende Adressdatensatz um die bundesweiten kommunalen Adressen (Straßennamen, Hausnummern und Verortung) ergänzt, um auch für diese die Nutzung und den Abgleich technisch und einheitlich zu ermöglichen.
5. Das Kommunalreferat wird beauftragt, für die Bereitstellung bundesweiter geografisch verorteter amtlicher Adressen, für die Qualitätssicherung der Flurstücksinformationen mittels Abgleich zu anderen amtlichen Datenbanken und für die Verbesserung der Rahmendaten außerhalb des Stadtgebietes auf das Niveau der im Stadtgebiet verfügbaren Rahmendaten ab 2020 dauerhaft die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 170.000 EUR im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung anzumelden.
6. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

**Durch den IT-Ausschuss zu beschließen**

7. Vom Vortrag des Referenten wird Kenntnis genommen.
8. Der Stadtrat stimmt der Umsetzung des IKT-Vorhabens KOM\_ITV\_0031\_GGD\_Neu („MAstER“) zu.
9. Das Referat für Informations- und Telekommunikationstechnik wird beauftragt die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel zum Rechnungsausgleich an it@M i. H. v. 369.985 € ab 2021 im Rahmen der jährlichen Haushaltsplanaufstellung bei der Stadtkämmerei, beim Produkt „Informations- und Telekommunikationsdienstleistungen“ (P42111540), anzumelden.
10. Der Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.

**III. Beschluss**

nach Antrag.

Über den Beratungsgegenstand wird durch die Vollversammlung des Stadtrates endgültig beschlossen.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende

Die Referentin

Josef Schmid  
2. Bürgermeister

Kristina Frank  
Berufsm. Stadträtin

**IV. Abdruck von I. mit III.**  
über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium - Dokumentationsstelle  
an die Stadtkämmerei  
an das Revisionsamt

z. K.

**V. Wv. - Kommunalreferat**

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. An KR-GL  
An KR-GSM  
An KR-RPR  
An RIT-GL  
An RIT-IT@M  
An KVR-GL  
An SKA-GL  
An RBS-GL  
An MSE-GL

z. K.

Am